

Veranstaltungsprogramm September – Dezember 2010

Im Rahmen des Projektes „Erinnern und Handeln für die Menschenrechte“

Alle Vorträge finden im Allerweltshaus (Körnerstr. 77-79, Köln-Ehrenfeld) statt.

Freitag, 17. September, 20 Uhr, Eintritt 3 €

„Nicht genug, aber Ja!“

Bürokratische Übermacht oder mehr Rechte und Demokratie in der Türkei?

Vortrag und Diskussion

mit Adnan Keskin



Am 12. September, an dem dreißigsten Jahrestag des Militärputsches, findet in der Türkei die Volksabstimmung zur Änderung der Verfassung statt, welche vor 30 Jahren durch die Putschisten verabschiedet wurde.

Einige überparteiliche Intellektuelle und Demokraten in der Türkei wie z.B. Orhan Pamuk (Nobelpreisträger für Literatur) und Ahmet Altan (Chefredakteur der oppositionellen Tageszeitung „*Taraf*“) unterstützen die Änderungen mit dem Motto „*Nicht genug, aber Ja!*“. Mit den Änderungen von 26 Paragraphen soll die Einschränkung der außergewöhnlichen Macht der zivilen und

militärischen Bürokratie bewirkt werden. Ebenso sollen sie für mehr Rechte für alle Bürger, sowie für die sozial und wirtschaftlich Benachteiligten wie Kinder, Behinderte und Frauen, sorgen. Die Hauptmaxime der Änderungen lautet – weniger Bürokratie, mehr Demokratie.

Der Referent wird in seinem Vortrag die Hintergründe seiner politischen Geschichte sowie der Geschichte der Politik in der Türkei seit den 70er Jahren erzählen und die Ergebnisse der Volksabstimmung zur Verfassungsänderung analysieren.

Adnan Keskin begann in der Mitte der 70er Jahre als Mitglied von „Devrimci Genc“ (Revolutionäre Jugend) politisch aktiv zu werden. Danach engagierte er sich weiter bei „Devrimci Yol“ (Der revolutionäre Weg). Etwa vier Monate später, nach dem Militärputsch vom 12. September 1980, wurde er von Soldaten in den Bergen festgenommen. 1984 wurde er von einem Militärgericht zur Todesstrafe verurteilt. Im Juni 1987 ist er aus dem Militärgefängnis durch einen Tunnel geflüchtet (dies war seine zweite Flucht aus dem Gefängnis, die erste war im Jahr 1979). Danach musste er auch aus der Türkei flüchten. Seit Oktober 1987 lebt er als anerkannter Asylant in Köln. Seit etwa einem Jahr ist er staatenlos, weil er in der Türkei ausgebürgert wurde.

Seit Oktober 2007 leitet er das Projekt „Erinnern und Handeln für die Menschenrechte“ im Allerweltshaus Köln.

Freitag, 1. Oktober, 20 Uhr, Eintritt 3 €
Menschenrechte und Menschenrechtsbildung

Vortrag und Diskussion
mit Dr. Jost Stellmacher



Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 formuliert unveräußerliche Menschenrechte (bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte), die für *alle Menschen* auf der *gesamten Welt* gelten sollen (sog. *Universalität*). In der Präambel der AEMR werden Menschenrechte als "das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal" bezeichnet. Somit sind mit der AEMR für die nationale und internationale Politik wichtige Ziele formuliert worden. In dem Vortrag werden Forschungsergebnisse präsentiert, die eine erschütternde Bilanz der Menschenrechtsbildung in

Deutschland ziehen: Das Wissen über Menschenrechte ist sehr begrenzt. Dies wird besonders im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte deutlich. In den Massenmedien werden die Menschenrechte sehr selektiv behandelt: die wirtschaftlichen Rechte werden negiert oder diskreditiert. Und in Schulen und Schulbüchern spielen Menschenrechte nur eine untergeordnete Rolle. Der Vortrag will nicht nur zeigen, welche Gefahren mangelnde Menschenrechtsbildung beinhalten kann, sondern auch ein Plädoyer dafür halten, dass eine fundierte Menschenrechtsbildung realisierbar ist, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Dr. Jost Stellmacher ist im Studienrat im Hochschuldienst am Fachbereich Psychologie der Philipps-Universität Marburg. Er forscht und lehrt seit über 10 Jahren u. a. in Teilbereichen der Friedens- und Konfliktwissenschaften. Er ist Mitglied im Vorstand des Forums Friedenspsychologie.

Donnerstag, 7. Oktober, 20 Uhr, Eintritt 3 €
Mikrokredite gegen Armut – Ein Märchen aus Bangladesch

Vortrag und Diskussion
mit Gerhard Klaas



Gruppenbild mit Frauen, gekleidet in bunte Saris, glücklich lächelnd: Bilder solcher Selbsthilfegruppen von Kreditnehmerinnen schmücken die Werbeprospekte zahlreicher Nicht-regierungsorganisationen und Investmentfonds für die so genannten „Mikrokredite“. 30 Millionen Kreditnehmerinnen gibt es allein in Bangladesch. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung dieses von Armut, Analphabetentum und Naturkatastrophen geplagten Landes.

Die Idee, Armen in der so genannten Dritten Welt mit Kleinkrediten zu helfen, sich eine eigene Existenz aufzubauen, entstand in den 80er-

Jahren. Zwei Jahrzehnte später, im Jahr 2006, erhielt Muhammad Yunus aus Bangladesch und seine Grameen-Bank für Verdienste im Kampf gegen die Armut den Friedensnobelpreis. Unternehmensvorstände und Bankmanager applaudierten: Da verkörpere endlich einer den Beweis, dass der Kapitalismus auch für die Ärmsten in der Welt funktioniert.

Muhammad Yunus plädiert für ein Recht auf Mikrokredite. Aber in Bangladesch selbst sind diese mittlerweile sehr umstritten. Wer wie unser Referent unabhängig von der Grameen Bank oder anderen Mikrofinanzinstitutionen durchs Land reist, findet kaum Erfolgsgeschichten, sondern trifft vor allem auf Frauen und Männer, für die Mikrokredite zu einer schweren Bürde geworden sind.

Gerhard Klaas ist freier Journalist und Mitglied des Rheinischen Journalistenbüros.

Samstag, 9. Oktober, 14 Uhr, Spende für das Projekt

Von der protestantischen Enklave zu den Puzzlestücken der Deindustrialisierung

Stadtteilführung in Köln-Mülheim

mit Peter Bach und Ralf Berger

Treffpunkt ist um 14 Uhr am Wiener Platz (vor dem Bezirksrathaus).



Wir werden drei bis vier Stunden durch den Stadtteil Mülheim spazieren, an anschlägigen Orten verweilen und einige Einrichtungen besuchen.

Thematisch werden wir uns mit drei Aspekten des Lebens in Mülheim beschäftigen:

Geschichte bis zur Eingemeindung nach Köln 1914:

- vom Straßendorf mit Marktfreiheit
- von der Zufluchtstätte für die in Köln ungeliebten Juden und Protestanten.
- von der Frühindustrialisierung durch die Verlagstextilwirtschaft.
- von den Standortvorteilen gegenüber Nippes und Ehrenfeld, die zur Hochindustrialisierung vor 1914 führten.

Dem Leben im Stadtteil während der fordistischen Phase der Industrialisierung:

- dem Bau der Mülheimer Brücke
- der Entstehung der Großindustrie, insbesondere der Kabelproduktion bei F+G
- dem kulturellen Milieu der Arbeiterbewegung
- dem Migrationsgeschehen

Dem Leben im Stadtteil nach dem Tod der Industrie:

- der sozialen und der ethnischen Segregation, insbesondere der Keupstraße als Einkaufsstraße
- dem kulturellen Leben
- den Möglichkeiten einer postindustriellen Beschäftigung

und allem was sonst noch interessant ist.

Freitag, 15. Oktober, 20 Uhr, Eintritt 3 €

"Land Grabbing - Moderne Landkonflikte und das Recht auf Nahrung"

Vortrag und Diskussion

mit Bakari Nyari aus Ghana



Der Zugang zu „Land“ ist die Existenzgrundlage für die Landbevölkerung in Entwicklungsländern. Die kleinbäuerliche landwirtschaftliche Produktion bildet deren Grundlage, sich selbst zu ernähren. Sie ist in vielen Ländern aber auch das Fundament der nationalen Ernährungssicherung.

Doch die Ressource „Land“ ist auch bei anderen begehrt: Große Agrarkonzerne und Staaten kaufen vermehrt große

Landflächen zum Anbau von Grundnahrungsmitteln und Energiepflanzen. Und in Zeiten der Finanzkrise sind Landflächen auch als Geldanlage für Anlagefonds interessant. Die Jagd auf Land, die auch als „Land Grabbing“ bezeichnet wird, und der damit verbundene Verlust des Ackerlandes für die Landbevölkerung ist eine der zentralen Ursachen von Hunger in der Welt.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN hat den ghanaischen Experten **Bakari Nyari** vom Regional Advisory and Information Network Systems RAINS eingeladen, um mit uns die Folgen des Land Grabblings für die ghanaische Bevölkerung und ihr Recht auf Nahrung zu diskutieren:

Welchen Einfluss und welche Verantwortung haben europäische Konzerne?

Was können wir als Konsumenten tun?

Und was muss auf politischer Ebene geschehen, um die Ursachen von Hunger in der Welt zu bekämpfen?

Dieser Vortrag wird in Zusammenarbeit mit FIAN Deutschland e.V. veranstaltet.

Bakari Nyari, stellvertretender Vorsitzender der Regionalen Beratungs-und Informationszentren Network Systems (RAINS), Ghana und Afrika Biodiversity Network Steering Committee Mitglied.

Freitag, 5. November, 20 Uhr, Eintritt 3 €

Sklaverei – Menschen als Ware gestern und heute

Vortrag und Diskussion

mit Prof. Dr. Michael Zeuske



"Kleine Sklavereien existieren seit Tausenden von Jahren. Meist waren Frauen und Kinder ihre Opfer. In der Neuzeit, vor allem 1600-1880, existierten in den Amerikas Massensklavereien und Plantagenwirtschaften. Atlantischer Sklavenhandel mit Millionen von Menschen aus Afrika versorgte die Plantagen mit Arbeitskräften und verschaffte Sklavenhändlern riesige Profite.

Diese "großen" Sklavereien prägen bis heute unsere Vorstellungen von Sklaverei. Gegenwärtig aber sind die großen, leicht erkennbaren Sklavereien Geschichte und kleine Sklavereien, Menschenhandel und Prostitution prägen das Bild

einer Institution, die schwer erkennbar ist, aber trotzdem Millionen von Menschen weltweit erfasst. Der Vortrag zeichnet historische Ursachen und Kontinuitäten der Sklaverei auf und analysiert weltweite Phänomene heutiger Sklavereien.

Prof. Dr. Michael Zeuske ist Professor für iberische und lateinamerikanische Geschichte an der Universität zu Köln. Er führte seit 1993 umfangreiche Feldforschungen zur Geschichte der Sklaven auf Kuba und in Venezuela durch. Er ist Spezialist für die Geschichte Lateinamerikas, die Geschichte des Atlantiks, die Geschichte der Sklaven sowie die Geschichte Kubas, Venezuelas und der Karibik. Seit seiner Habilitation 1991 hat er zahlreiche wissenschaftliche Artikel und Monographien veröffentlicht wie sein neuestes Werk: „Globalgeschichte der Sklaverei. Menschen als Ware gestern und heute.“

Sonntag, 7. November, 13 Uhr, UKB 5€, ermäßigt 3€

Stadttealführung in Ehrenfeld mit Ralf Berger



Treffen um 14 Uhr am Allerweltshaus in der Körnerstrasse 77-79

Am Beispiel Ehrenfelds werden unten stehende Themen angesprochen:

- die neue soziale Unterschicht in den Städten vor dem 1. Weltkrieg
- Geschichte der jüdischen Gemeinde
- Kolonialpolitik Deutschlands vor dem ersten Weltkrieg
- die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik
- Sozialpolitik des Nationalsozialismus
- Verfolgung und Widerstand in den letzten Jahren der NS Herrschaft

- neue soziale Durchmischung in der Zeit nach 1970
- aktuelle Tendenzen der Stadtteilentwicklung

Die Führung wird 2,5 – 3 Stunden andauern. Anschließend gibt es noch Gelegenheit zum Gespräch über das Gehörte und das Gesehene bei Kaffee und Kuchen.

Freitag, 19. November, 20 Uhr, Eintritt 3 €

Land und Wasser: Soziale Bewegungen für soziale Menschenrechte in Lateinamerika

Vortrag und Diskussion

mit Doz. Bettina Schorr



Lateinamerika ist für seine massiven und schlagfertigen sozialen Bewegungen bekannt. Seit den siebziger Jahren erregten etwa die sozialen Bewegungen gegen die zahlreichen Militärdiktaturen internationale Aufmerksamkeit und Solidarität. Mit der „neoliberalen Wende“, die Mitte der 80er Jahre einsetzte und eine drastische Reduzierung der staatlichen Sozialprogramme in den lateinamerikanischen Ländern zur Folge hatte, sind vermehrt soziale Bewegungen entstanden, die auf die Einhaltung von „sozialen Menschenrechten“ pochen: die

Schaffung eines angemessenen Lebensstandards, Arbeit und faire Entlohnung sowie der Zugriff auf Bildung, Ernährung und Gesundheitsversorgung. Zwei Beispiele solcher Bewegungen sind die weithin bekannte Landlosenbewegung um den Dachverband MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*) in Brasilien und die von der *Coordinadora por el agua y por la vida* angeführte soziale Bewegung, die im Jahr 2000 in der bolivianischen Stadt Cochabamba den „Wasserkrieg“ ausgefochten hat.

Die Ungleichverteilung von fruchtbarem Ackerland, die landlose Familien massenweise in die Elendsviertel der Metropolen treibt, ist in fast allen Ländern Lateinamerikas ein drängendes Problem. In Brasilien führte die Landkonzentration 1984 zur Gründung des nationalen Dachverbandes MST, der seither die Interessen landloser Familien vertritt und mit ca. 1 Mio. Angehörigen als die größte soziale Bewegung des Subkontinentes gilt. Der MST wirkt nicht nur an der politischen Debatte über eine Agrarreform mit sondern ist seit seiner Gründung immer wieder mit massiven Protesten in Erscheinung getreten und führt eigenmächtig Landbesetzungen durch. Trotz großer Hoffnung lässt eine umfassende Landreform auch unter dem Präsidenten Lula auf sich warten.

Die Privatisierung der Trinkwasserversorgung, die häufig mit steigenden Tarifen einhergeht und damit die lebensnotwendige Wasserversorgung für ärmere Haushalte unerschwinglich werden lässt, ist in vielen Ländern dieser Welt ein Problem. Im April 2000 gelang es einer massiven sozialen Bewegung, die Privatisierung der Wasserversorgung in der bolivianischen Stadt Cochabamba rückgängig zu machen. Die z.T. exorbitanten Tariferhöhungen wurden zurückgenommen und die Versorgung wieder in die öffentliche Hand überführt. Zehn Jahre nach dem Wasserkrieg ist die Wassersituation in Cochabamba allerdings genauso trostlos wie zuvor, trotz linker Regierung und einer Verfassungsänderung, die den Zugang zu Trinkwasser zu einem Verfassungsrecht erhoben hat.

Bettina Schorr, M.A., Uni Köln

Donnerstag, 25. November, 20 Uhr, Eintritt 3 €
Gesundheit und Politik – Fallstricke und Chancen

Vortrag und Diskussion

mit Psychotherapeutin Ingelore Fohr



Einerseits sind wir in Deutschland in der privilegierten Situation, dass jede Bürgerin, jeder Bürger Zugang zu einer qualifizierten gesundheitlichen Versorgung hat, andererseits gibt es gerade in jüngster Zeit Bestrebungen, diese Situation zu Lasten von ärmeren Schichten zu verändern. Außerdem werden Stimmen laut, die behaupten, dass aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen Fortschritts die Kosten innerhalb des solidarischen Systems weiter steigen und irgendwann nicht mehr finanzierbar sein werden. Innerhalb der

Ärzeschaft werden bereits Debatten über eine Priorisierung von Leistungen geführt, d.h. dass in Zukunft nicht mehr alle Leistungen allen zur Verfügung stehen sollen.

Dem gegenüber steht, dass das Gesundheitssystem trotz einiger politischer Bemühungen immer noch ein undurchschaubarer Moloch von verschiedenen, meist verschleierte Interessen ist, wodurch auch wertvolle Ressourcen verschwendet werden. Außerdem sind neben Veränderungsbemühungen immer noch alte verkrustete Strukturen wirksam. Von einer Gesundheitspolitik im Sinne aller Bevölkerungsgruppen ist zu fordern, Versorgungsaspekte in den Vordergrund zu stellen und die Interessen der verschiedenen Beteiligten transparenter zu machen.

Gerade vor dem Hintergrund zukünftiger Herausforderungen ist zu fordern, dass sorgfältiger mit den Ressourcen des Gesundheitssystems umgegangen werden muss und daran alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt werden.

Ingelore Fohr ist gesundheitspolitisch interessierte und engagierte Psychologische Psychotherapeutin, niedergelassen in Mönchengladbach, Mitglied des erweiterten Vorstandes im VDÄÄ (Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte) und bei Bündnis 90/Die Grünen in der Fraktion Düsseldorf im Ausschuss Gesundheit und Soziales.

Freitag, 3. Dezember, 20 Uhr, Eintritt 3 €
Der Kampf um soziale Mindeststandards
von sauberen Kleidern und schmutziger Produktion

Vortrag und Diskussion

mit Ingeborg Wick

In den letzten 20 bis 30 Jahren gab es einen kräftigen Schub bei der Ausweitung der Handelsbeziehungen und der Reorganisation der Warenproduktion – dieser Prozess wird oft als Globalisierung bezeichnet.



Produktionsabläufe wurden bspw. zerstückelt und auf verschiedene Räume verteilt, um die jeweils besten, kostengünstigsten Bedingungen für das Kapital in jedem Arbeitsschritt zu realisieren. Dies führte dazu, dass verschiedene Produktionsstandorte direkt miteinander konkurrieren und ein enormer Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen entstanden ist. In dessen Folge wurden soziale Standards in vielen Branchen weltweit abgesenkt, Kinderarbeit und extreme Ausbeutungsverhältnisse haben stark zugenommen, quasi rechtsfreie Räume wie „Freie Produktionszonen“ entstanden.

Als Reaktion auf diese Umstände versuchen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften seit den 1990er Jahren internationale Vereinbarungen über soziale Mindeststandards mit den staatlichen und privatkapitalistischen Akteuren zu verhandeln.

Inzwischen wurden auf diesem Terrain viele Erfahrungen gesammelt: Labels zu Kinderarbeit, zur Einhaltung der Standards der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Vereinbarungen mit Konzernen zur Kontrolle ihrer Zulieferer u.s.w. wurden verhandelt. Erfolge wurden erzielt, aber es wurden auch gnadenlos die Grenzen dieser Bestrebungen deutlich.

Ingeborg Wick arbeitet für die Organisation Südwind und war in den letzten 20 Jahren an vielen dieser Kampagnen, wie z.B. der clean clothes campaign, und Verhandlungen, besonders in Asien, beteiligt und hat eine Reihe von Publikationen dazu veröffentlicht. Sie zieht Bilanz und wagt einen Ausblick.

Donnerstag, 9. Dezember, 20 Uhr, Eintritt 3 €

Recht auf Grundeinkommen!

Vortrag und Diskussion

mit Birgit Zenker



*„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“
Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen.*

Doch schöne Worte kann man nicht essen – gleiche Rechte brauchen eine materielle Basis für politische, kulturelle und soziale Teilhabe an der Gesellschaft!

Eine neue Idee ...

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist eine innovative, transformatorische Vision einer Gesellschaft, die eine solidarische Marktwirtschaft beinhaltet in der Freiheit, Nachhaltigkeit und eine

kreative, selbstbestimmte Lebensgestaltung auch für Menschen in bisher prekären Lebenslagen möglich werden.

und viele offene Fragen:

Welche aktuellen Tendenzen von neuer Armut sind in unserer Gesellschaft zu verzeichnen und was sind die Ursachen dafür?

Welche Grundrechte unserer Verfassung werden durch ein bedingungsloses Grundeinkommen berührt?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen als Recht für alle – nur eine Utopie in weiter Ferne, oder eine rationale und logische Konsequenz unserer Überfluggesellschaft?

Die Soziologin (MA) **Birgit Zenker** ist seit 2004 hauptamtliche Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V. und Mitbegründerin des bundesweiten „Netzwerk Grundeinkommen“, dessen Sprecherrat sie ebenfalls angehört. Der Schwerpunkt ihrer programmatischen Arbeit liegt auf dem Gebiet „Zukunft der Arbeit“.

Dieser Vortrag wird in Zusammenarbeit mit der KAB Deutschland e.V. und der Kölner Initiative Grundeinkommen e.V. veranstaltet.

Freitag, 17. Dezember, 20 Uhr, Eintritt 3 €

Armut in einem reichen Land

Vortrag und Diskussion

mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge



„Armut“ ist zuletzt aus einem Tabu- beinahe zu einem Topthema der Medien geworden, das in Talkshows über die Wirkung der sog. Hartz-Gesetze, die Angst der Menschen vor einem sozialen Absturz, den Zerfall der Mittelschicht oder die Folgen der Weltfinanzkrise sehr häufig erörtert wird. Gerade im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung spricht man zwar viel mehr darüber, nimmt sie aber ebenso wenig als gesellschaftliches Kardinalproblem wahr und ernst wie in der Vergangenheit.

Die in der wohlhabenden Bundesrepublik zunehmende Armut wird deshalb auch nicht konsequent bekämpft, sondern immer noch gelehnet, verharmlost und verschleiert. Wie das geschieht, zeigt der Referent an zahlreichen Beispielen aus Politik, Massenmedien und Wissenschaft. Was getan werden müsste, damit sich die Kluft zwischen Arm und Reich wieder schließt, macht Butterwegge abschließend deutlich.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt ist sein Buch „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ im Campus Verlag erschienen.